

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/179

Bonn, den 17. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Europa-Politik vor einem Scherbenhaufen ----- Alle "Initiativen" Erhards gescheitert Von Egon Heinrich	96
5	Die Entdeckung des Herrn Schröder ----- Aufgaben der deutschen Ostpolitik	22
3	Vertagt, nicht abgebrochen ----- Zum Genfer Stand der Abrüstungsverhandlungen	26
3a	Herr Merde baut Türken ----- Wie die FDP das Haushaltsdefizit "decken" will	27
4	Nüchterne Hauseaten ----- Mutige und illusionslose Vorausschau des Hamburger Senats	34
5	Jedes zweite Kleinkind im Kindergarten ----- Auch in der Ferienzeit darf es in Hessen keine "Stiefkinder" mehr geben ----- Dank an Mitarbeiter, Freunde und Gegner -----	46

Zum Abschluß des Bundestagswahlkampfes übermitteln wir allen Mitarbeitern, Freunden und Gegnern des SPD-Pressedienstes unseren besten Dank für die zahlreichen Anregungen, interessanten Beiträge sowie Hinweise für die Gestaltung unseres Dienstes.

Wir haben gerade in diesen Wochen mit Freude feststellen können, wie aufmerksam bei Freunden und Gegnern der Sozialdemokratie unsere Arbeit verfolgt wird. Die während des Wahlkampfes gesammelten publizistischen Erfahrungen werden auch in Zukunft im SPD-Pressedienst ihren Niederschlag finden.

Sozialdemokratischer-Pressedienst GmbH.

+ + -

Europa-Politik vor einem Scherbenhaufen

Alle "Initiativen" Erhards gescheitert.

Von Egon Heinrich

Ebenso wie auf allen anderen Gebieten der Innen- und Außenpolitik hinterläßt die Regierung Erhard in der Europa-Politik einen Scherbenhaufen. Seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 in der französischen Nationalversammlung sah es für die Politik der europäischen Integration nie so hoffnungslos aus wie gegenwärtig. Durch die am 1. Juli dieses Jahres in Brüssel ausgebrochene EWG-Krise ist nicht nur die EWG in ihrer Existenz und in ihrem supranationalen Charakter bedroht; auch das deutsch-französische Verhältnis hatte wohl kaum nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen solchen Tiefstand wie in diesen Wochen. Man könnte glauben, es gebe keinen Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, in dem es heißt:

- * "Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in
- * allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und in erster Linie in den
- * Fragen von gemeinsamem Interesse, um soweit wie möglich zu einer
- * gleichgerichteten Haltung zu gelangen.

- * Diese Konsultation betrifft unter anderem folgende Gegenstände:
- * Fragen der europäischen Gemeinschaften und der europäischen poli-
- * tischen Zusammenarbeit;
- * Ost-West-Beziehungen sowohl im politischen als auch im wirtschaft-
- * lichen Bereich;
- * Angelegenheiten, die in der Nordatlantik-Vertragsorganisation und
- * in den verschiedenen internationalen Organisationen behandelt wer-
- * den und an denen beide Regierungen interessiert sind."

Die Unterzeichnung dieses Vertrags geschah kurze Zeit nach dem infolge de Gaulles Veto eingetretenen Abbruch der Beitrittsverhandlungen zwischen der EWG und England im Januar 1963. Damals hatte Bundeskanzler Adenauer erklärt, daß der Abbruch der England-Gespräche nicht erfolgt wäre, wenn der deutsch-französische Vertrag mit seiner Konsultationspflicht schon bestanden hätte. Wenn je zweiseitige Verhandlungen geboten wären, so zur Überwindung der jetzigen Krise der EWG. Was aber tut die Bundesregierung? Sie ließ erklären, daß sei keinen Vermittlungsversuch und keine zweiseitigen Gespräche zur Beilegung der EWG-Krise unternehmen wolle. Dieses Versagen muß vor allem Außenminister Schröder angelastet werden, der im übrigen seit Monaten zur EWG-Frage beharrlich schweigt. Durch das Warten auf de Gaulles Rückkehr an den Verhandlungstisch in Brüssel läßt sich die Krise bestimmt nicht lösen.

Wirgendwo zeigt sich die Diskrepanz zwischen Erhards großen Worten und seinen Misserfolgen deutlicher als in der Europa-Politik. Über die stereotype Ankündigung von neuen "Initiativen zur politischen Formierung Europas" ist der noch amtierende Bundeskanzler nicht hinausgekommen. Es ist ihm nicht einmal gelungen, de Gaulle an den Verhandlungstisch einer Europa-Gipfelkonferenz zu bekommen, ganz zu schweigen von der geplatzten Außenministerkonferenz in Venedig. Der nach dem Beschluß über die Senkung der deutschen Getreidepreise von Erhard und Schmücker prophezeite "Durchbruch nach Europa" ist ausgeblieben.

Ebenso wenig wie seine "formierte Gesellschaft" konnte Erhard bis-

her erklären, wie das "formierte Europa" aussehen soll. Die ganze Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung wird deutlich, wenn man einmal die rhetorischen Stillübungen des Kanzlers unter die Lupe nimmt. In seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 sagte Erhard:

- * "Die Bundesregierung wird deshalb ihr ganzes Bemühen darauf richten, durch neue Aktivität in der politischen Formierung Europas Fortschritte zu erzielen."

Am 9. Januar 1964 erklärte Erhard vor dem Deutschen Bundestag:

- * "Ich sagte dem französischen Staatspräsidenten, daß nach meiner Überzeugung eine neue Initiative politischer Art zur Neugestaltung Europas erfolgen sollte. Es scheint mir dringend notwendig zu sein, daß wir einen neuen Anlauf nehmen."

In der gleichen Rede sagte er:

- * "Staatspräsident de Gaulle wäre, wie zwischenzeitlich bestätigt, bereit, nach Rom zu kommen, d.h. eine Einladung des italienischen Regierungschefs zu einer Zusammenkunft der Regierungschefs und der Außenminister anzunehmen. Ich kann nur mit großer Genugtuung die Aufgeschlossenheit des französischen Staatspräsidenten verzeichnen; damit glaube ich, daß wir einen Schritt vorwärts tun können."

Angesichts der Tatsache, daß nicht einmal eine Außenministerkonferenz zustande kam, kann man über soviel Naivität und Gutgläubigkeit eines Bundeskanzlers nur erstaunt sein. Denn wenige Wochen nach der großen Ankündigung war die Konferenz ins Wasser gefallen. Erhard glaubte noch an eine Konferenz, als sie von de Gaulle längst abgeschrieben war. Man darf sich bei einem solch übertriebenen Optimismus nicht wundern, wenn es für die deutsche Regierung immer wieder Enttäuschungen gab.

Voll Optimismus war der Kanzler auch, als er am 20. Januar aus Rambouillet zurückkam:

- * "Wir sind übereingekommen, einen neuen Anfang in der Europäischen Politischen Union zu machen."

Und am 14. Mai 1965 erklärte der Bundeskanzler in einer Pressekonferenz:

- * "Ich habe von einem Stufenplan gesprochen in bezug auf die Bildung, die weitere Formierung, auch vielleicht die Ausweitung Europas, also auf die europäische Gestalt, wie sie auch werden mag. Die Frage des Stufenplans habe ich nicht etwa in erster Linie bezogen auf die Wiedervereinigung, sondern auf die Formierung Europas."

Aus Anlaß des Besuchs von Staatspräsident de Gaulle erklärte Staatssekretär von Hase am 12. Juni 1965 vor der Presse in Bonn:

- * "Die beiden Regierungen sind übereingekommen, den anderen Partnern des Gemeinsamen Marktes eine Gipfelkonferenz vorzuschlagen, die noch vor Ende dieses Jahres abzuhalten wäre."

Bereits am Tag darauf ließ de Gaulle seine Zustimmung zu der Gipfelkonferenz dementieren - Erhard redet also immer nur von Europa-Initiativen, er weiß aber nicht, wie diese Initiativen aussehen sollen und wohin sie führen sollen. Man denkt bei den vielen angekündigten Initiativen unwillkürlich an das Zitat aus Goethes Faust, wo es heißt: "Dann oben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein."

Die Entdeckung des Herrn Schröder

Aufgaben der deutschen Ostpolitik

sp - Als vor etwa zehn Jahren die Sozialdemokratie erklärte, eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Ostpolitik sei die Beseitigung des Mißtrauens und der Besorgnis der europäischen Länder gegen die Bundesrepublik, erhob sich allenthalben ein großes Geschrei. Jetzt hat der noch amtierende Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder in der neuesten Ausgabe der amerikanischen Zeitschrift FOREIGN AFFAIRS - gewissermaßen als Entdeckung des Jahrhunderts - fast wörtlich dasselbe geschrieben, was die Sozialdemokratie schon seit langem sagt. Als Professor Carlo Schmid, ebenfalls vor nunmehr fast einem Jahrzehnt, bei einem Vortrag in Warschau erklärte, auch die Bundesrepublik müsse das Vertrauen und das Verständnis in den osteuropäischen Ländern in dem gleichen Maße wiedergewinnen, wie es in den westeuropäischen Ländern geschehen sei, fehlte nicht viel daran, daß man ihn als "Vaterlandsverräter" beschimpft hätte. Heute schreibt Herr Schröder dasselbe in einer amerikanischen Zeitschrift. - Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Wir sind keineswegs gegen die jetzt von Herrn Schröder dankenswerterweise schriftlich niedergelegten Forderungen für eine deutsche Ostpolitik. Im Gegenteil, wir freuen uns, daß auch dieser nicht gerade unwichtige CDU-Politiker zu Erkenntnissen gelangt ist, die eigentlich schon seit langem eine Selbstverständlichkeit sein sollen. Deshalb diese kleine Erinnerung, die hoffentlich dazu beiträgt, daß jene Zeiten der Vergangenheit angehören, in denen man jeden, der etwas Vernünftiges sagte, verketzert hat.

Vertagt, nicht abgetrochen

Zum Stand der Genfer Abrüstungsverhandlungen

sp - In 254 Vollsitzungen haben im Auftrag der Vereinten Nationen Delegationen aus West und Ost - Frankreich zählt nicht dazu - seit vielen Jahren versucht, in der weltbewegenden Frage einer kontrollierten und gleichwertigen Abrüstung und einer Atomwaffenbegrenzung voranzukommen. Die Möglichkeit, daß innerhalb von wenigen Jahren noch mehr Länder in der Besitz von Vernichtungswaffen kämen, liegt als Alpdruck über dem Genfer Tisch. Die Protokolle dieser Sitzungen gehören zu den erregendsten Dokumenten unserer Zeitgeschichte, sind Niederschlag des Bemühens von West und Ost, nicht in die Spirale eines für beide Seiten verhängnisvollen Wettwüstens hineinzugeraten, sind aber auch Dokumente eines gegenseitigen Mißtrauens der beiden Supermächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Es gibt auch bei uns in der Bundesrepublik Politiker, mächtige Politiker sogar, die die Genfer Gespräche für Palaver halten und darüber frohlocken, wenn Washington und Moskau in Genf auf der Stelle treten und ihre Verhandlungen immer wieder vertagen lassen. Zum Frohlocken besteht für uns Deutsche kein Anlaß. Was in Genf geschieht, betrifft auch uns. Ohne ein Mindestmaß von Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion gibt es kaum Aussicht, die deutsche Frage in Sinne der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes zu lösen. - Die bisherigen Vertagungen in Genf waren niemals endgültig, die Fäden wurden immer wieder neu gesponnen. So wird es auch diesmal sein. Die beiden Mächte stehen unter dem Druck der Weltmeinung, verkörpert in der Institution der Vereinten Nationen. Sie haben auch nicht die Absicht, sich dem Auftrag der UNO zu entziehen, außerdem kommt es auch für sie darauf an, nicht eine Entwicklung zuzulassen, die sich ihrer kontrollierenden Einwirkung entzieht. Sie bleiben, wenn auch widerwillige und mißtrauische, aber immerhin, Gesprächspartner.

Herr Ende baut Türken

"Mit dem Hute in der Hand" wollen FDP-Politiker Milliardenbeträge einsparen, um das Etatdefizit 1966 zu beseitigen. Sie sollten lieber sich das Lehrgeld zurückgeben lassen, denn vom Handwerk verstehen sie offensichtlich wenig.

Der Vizekanzler und FDP-Vorsitzende Ende will zur Finanzierung von Bildung und Kultur den Verteidigungshaushalt kürzen und zwar um diejenigen Mittel, die "durch die Verzögerungen bei der Bildung der geplanten multilateralen Atomstreitmacht der Nato" freiwerden. Baut er bewusst oder unbewusst hier Türken?

Tatsache ist: Das ist kein Kürzungsvorschlag, denn Etatmittel für die MIF sind bis jetzt nicht eingeplant; also können sie nicht eingespart werden. Und das hat der Vizekanzler nicht gewusst?

Herr Dr. Ende, der FDP-Finanzexperte, schickt sich auf andere Weise an, das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern zu erzählen. Auch er gibt wohlmeinende Patschläge für den Etatausgleich 1966. Auch sie lösen sich - wie der seines Parteivorsitzenden - bei näherem Zusehen in Nichts auf.

Ende und die FDP wollen sich z.B. dafür einsetzen, dass "die Ausgaben, die aufgrund des neuen 312 Mark-Gesetzes entstehen, überprüft werden". Auch er übersieht geflissentlich, dass dieses Gesetz für den Bund bis auf weiteres keine Ausgabenbelastung darstellt. Ergo kann auch hier nichts eingespart werden.

Angesichts derart unseriöser Deckungsvorschläge hat ein sachverständiger Journalist vielleicht nicht so unrecht, der kürzlich in einer Glosse schrieb, dass es ihn nicht erstaunen würde, wenn angesichts des Haushaltsdurcheinanderdemnächst der Vorschlag auftauche, das Etatdefizit doch mit eben diesem Defizit zu decken!

Nüchterns Hanseaten

Mutige und illusionslose Vorausschau des Hamburger Senats

Von Rolf Cbeest

Nüchtern und unbeeinflusst durch die Bundestagswahl sowie die im Frühjahr 1966 anstehende Neuwahl der Bürgerschaft, den Landesparlament, geht der Hamburger Senat die schwierigen Finanzprobleme der Hansestadt an. In seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs für 1966, der in dem Stadtstaat Hamburg zugleich auch Gemeindehaushalt ist, bekannte Finanzsenator Gerhard Brandes offen, daß der Einnahmezuwachs 1964 und 1965 hinter den Schätzungen des Finanzexperten zurückgeblieben sei, nicht zuletzt wegen der von der Bundesregierung zu verantwortenden Steuersenkungen:

Jetzt muß Hamburg auf den Kapitalmarkt gehen, um die jährliche Investitionssumme von einer Milliarde DM innerhalb des für 1966 erstmals die Vier-Milliarden-Grenze überschreitenden Landeshaushalts zu halten. Das aber ist nötig, wenn man nicht die großen Bauvorhaben im Schul- und Straßenbau, im Universitäts- und U-Bahnbau halbfertig liegen lassen will.

Die Verwirklichung großer kommunaler Projekte erstreckt sich immer über zwei, drei und mehr Jahre. Daher, so betonte Finanzsenator Brandes, sei es auch den Ländern und Gemeinden erst in zwei bis drei Jahren möglich, ihre Ausgaben anzupassen, wenn Bundestag und Bundesregierung durch die Steuersenkungen oder durch konjunkturelle Dämpfungen die Einnahmenseite der Länderhaushalte einengen.

Als nüchterne Hanseaten sind die Hamburger auch gleich daran gegangen, daraus Folgerungen zu ziehen. So legte der Senat der Bürgerschaft zwei Fünfjahrespläne vor: einen über die bis ins Detail gehende Investitionsplanung, einen anderen über die Finanzierung dieser Investitionen. Hamburg wird danach den Kapitalmarkt bis 1970 mit zwei Milliarden DM in Anspruch nehmen. Das ist ein finanzieller Vorgriff auf die Zukunft für Vorhaben, die der Zukunft dienen.

Hamburgs Senat will mit dieser langfristigen Planung die Entwicklung des Stadtstaates in längeren Zeiträumen sehen und beurteilen. Dabei wird es klar, daß künftige Jahre Teile ihrer Finanzmasse den Schwerpunktsentscheidungen der Gegenwart werden opfern müssen. Hierfür die Weichen rechtzeitig und richtig zu stellen, ist das Ziel dieser mutigen und illusionslosen Vorausschau des Hamburger Senats.

Jedes zweite Kleinkind im Kindergarten

Auch in der Ferienzeit darf es in Hessen
keine "Stiefkinder" mehr geben

sp - Unbestritten ist die Notwendigkeit und bedeutsame Aufgabe der Kindergärten. Sie sind nicht nur eine wichtige Einrichtung zur Entlastung der vielbeschäftigten Mutter und Hausfrau, besonders, wenn sie noch im Berufsleben steht, sondern noch größer ist ihr Segen für das Kind selbst. In den Kindergärten hat das Kleinkind die Möglichkeit, unter Anleitung von geschulten Kindergärtnerinnen zu spielen und sich an den Umgang mit anderen Kindern zu gewöhnen. Im Rahmen des Hessen-Jugendplanes werden daher in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorte geschaffen, so daß es heute in Hessen rund 85 000 Plätze in Kindertagesstätten gibt.

Im Rahmen des von Ministerpräsident Dr. Georg August Z i n n verkündeten Großen Hessenplanes sollen diese Plätze in den Kindertagesstätten um über die Hälfte vermehrt werden. Das bedeutet in den nächsten zehn Jahren die Schaffung von weiteren 45 000 Plätzen in Kindertagesstätten. An diesem Zuwachs werden die Kindergärten mit rund 39 000 Plätzen am stärksten beteiligt sein. Kann bei den derzeit in Hessen bestehenden rund 78 000 Plätzen in Kindergärten bereits jedes dritte Kleinkind einen Kindergarten besuchen, so wird nach der im Großen Hessenplan vorgesehenen großzügigen Förderung der Jugendeinrichtungen durch das Land in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den freien Verbänden der Jugendwohlfahrt künftig jedes zweite Kleinkind die Möglichkeit haben, einen Kindergarten zu besuchen. Die Zahl der Plätze in den Kinderhorten wird in zehn Jahren doppelt so hoch sein wie 1964.

Im gleichen Zeitraum sollen auch zahlreiche andere Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Einen Gesamtaufwand von 641 Millionen Mark weisen die Investitionen im Rahmen des Großen Hessenplanes für die Kinder- und Jugendeinrichtungen auf. Davon wird das Land mit 278 Millionen Mark 43 Prozent der erforderlichen Mittel bereitstellen. Damit werden 720 Kindertagesstätten neu geschaffen und bestehende Einrichtungen modernisiert werden können, außerdem 2 500 Spielplätze und 50 überörtliche Jugendheime, 22 neue Jugendherbergen und 65 neue Wanderheime sowie 50 Erweiterungsbauten.

Allein 133 Millionen Mark dienen der Verbesserung der Ferienerholungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Gerade im Urlaub und in der Ferienzeit darf das Kind nicht zum Stiefkind werden. Der Große Hessenplan sieht daher die Schaffung von 50 Familienferienheimen und Feriendörfern sowie von 4 400 Plätzen in Ferienerholungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche vor. Drei Zentren für Familien- und Jugendhilfe, 390 Plätze in Wohnheimen der Jugendhilfe und 2 800 Plätze in neuen Dauerheimen für Kinder und Jugendliche sowie einhundert Modernisierungsbauten vervollständigen die mannigfaltigen und umfangreichen Maßnahmen für die Jugend, die in Hessen im nächsten Jahrzehnt vorgesehen sind.